

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Erscheint mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage: täglich früh.
Schriftleitung und Geschäftsstelle
Petrikauer Straße 86, Tel. 6-86
Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt
Arbeitsüberlegung oder Auslieferung hat der
Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der
Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Eigene Vertretungen in:
Alexandrow, Bialystok, Chelm, Kallisch, Kolo-
niz, Lublin, Lwow, Radom, Rzeszow, Tarnobrzeg,
Warschau, Zamosc, Zolow, Zolow, Zolow

Br. 209

Mittwoch, den 6. September 1922

5 Jahrgang.

Ein Dolchstoß von Hinterrücks.

Die national-demokratischen Parteien sind durch die Bildung des Minderheitenbundes in eine erhebliche Verlegenheit geraten. Sie und ihre gefürchtete Presse glänzen durch Anglistischeit, müssen sie doch damit rechnen, daß ihre Absichten, die staatsbürgerlichen Rechte der nationalen Minderheiten in Karikaturen zu verpacken, den gegenteiligen Erfolg zeitigen werden. Man muß es vom Standpunkt der Minoritätspolitik dankbar begrüßen, daß chauvinistische Verbündete, dafür Sorge getragen hat, daß infolge der Annahme der famosen Wahlordnung zum Sejm, welche Staatsbürger nichtpolnischer Nationalität in die zweite Klasse ihres Staatsbürgerrechts versetzen will, diese Bevölkerungsgruppen zu der Erkenntnis gekommen sind, durch gemeinsame Abwehr einen Zustand zu schaffen, der sich mit dem Sinn der Verfassung vereinbaren läßt. Das sehen auch polnische Zeitungen, deren Arbeitskraft und Begierde nach Macht noch nicht völlig infolge demagogischen Glanzes geteilt worden ist, vollkommen richtig ein. Die Rattowitzer „Gazeta Narodowa“ stellt z. B. ausdrücklich fest, daß es nur die „brutale Politik der Nationaldemokratie“ gewesen ist, welche die Gedanken zu extremerer Reise aufzuwecken ließ, die Minderheiten des Volkes anstandslos der bevorstehenden Wahlen unter einen Hut zu bringen. Das mag für die Trainer polnischer reaktionärer Parteipolitik ein unangenehmes Resultat sein, aber schließlich ist die demokratische Republik Polen nicht deshalb wieder ins Leben gerufen worden, damit Leute, die an festgeschüttelten politischen Arierenverfassungen leiden, die einer völligen Minderheiten garantierten Schutzrechte dieser einfach um die Ohren schlagen dürfen.

Für diese Art des Nationalitäten-Kampfes kann man, so schreibt die „Dziśniej“ Zeitung, letzten Endes noch ein gewisses menschliches Erbarmen haben. (Vergleiche, denn sie wissen nicht, was sie tun!) unbedingte als charakterlos zu bezeichnen ist es jedoch, wenn ein Blatt, welches sich der deutschen Sprache bedient, es fertig bringt, die letzten Verurteile der nationalen Minderheiten Polens, gegen die Vergewaltigung ihrer vornehmsten staatsbürgerlichen Rechte gerechte Vertretung im Sejm, als staatsfeindlich hinzustellen. Die mit deutschen Worten bedruckte und in Graubenz hergestellte „Weichselpost“ ist es, welche es fertig bekommen hat, diesen tiefsten journalistischen Moral zu erkranken. Sie hat es gewagt, ihr Papier dazu herzugeben und ihren deutschen Lesern — es gibt leider immer noch Deutsche die durch ihr Geiß ein Organ unterstützen, dessen Titelbild die Züge eines Judas Ischariot „hieren“ möchte, — zu erzählen in der Nummer vom 30. August, daß der Block der nationalen Minderheiten „eine unerhörte Herausforderung der polnischen, nationalen, finnischen Volksmasse“ darstellt, das Blatt besitzt die Unverschämtheit zu behaupten, die Bildung bedeute eine innerpolitische Gefahr, eine Aufspaltung des polnischen Nationalgefühls und „eine Revolution der Anschauungen des toleranten (? Schriftleitung), jedem Klassenkampf abholden Teils der polnischen Volksmassen“. Wir hoffen, daß nunmehr die deutsche Bevölkerung von Graubenz und Umgebung sich endlich klar darüber geworden ist, daß sie ihm eigenen Volkstum Schaden beifügt, wenn sie einer deutsch geschriebenen „Gazeta“ Gefolgschaft leistet. Einer derartigen Verpöschung der „Weichselpost“ muß endlich einmal energisch Einspruch geleistet werden, jeder Deutsche verpflichtet sich an seiner Volksgemeinschaft, wenn er diesem Treiben eines chauvinistischen Infektionsherdes weiter gleichgültig gegenübersteht.

Wir glauben schon, daß Herr Beckowitsch, Vize-Minister a. D. und Direktor der „Dziśniej“ Zeitung, welche die zweifelhafte Ehre für sich beansprucht, die „Weichselpost“ zu verlegen, den Ehrgeiz besitzt, mittels publizistischer Sisyphos-Arbeit innerhalb des Minderheitenbundes einen Zerlegungsprozess in die Wege zu leiten. Diese Unternehmung wird ihm portlos nicht die gewünschten Früchte tragen. Sie größer das Schicksal gewisser politischer „Größen“ über die Tatsache ist, daß die Angehörigen der nationalen Minderheiten angesichts gemeinsamer Not ein gemeinsames Schicksal mitmachen getroffen haben, umso fester muß bei uns Deutschen die Gewissheit werden, daß der nurmehr leitende der Deutschpolenprobleme prominente Weg der einzig richtige ist und diejenigen unter Prolet zu meiden sind, welche das Gegenteil behaupten und dafür Propaganda treiben.

Calonder über seine Aufgaben.

Präsident Calonder hat in Rattowitz den Schweizerischen Redakteur Willo empfangen, um diesem Erklärungen über seine Mission abzugeben. Willo berichtet der „Schweiz. Ztg.“ darüber folgendes:

Präsident Calonder erklärte, daß er die Mission des Völkerbundes übernommen habe, um als Schlichter, der in seiner eigenen Heimat die Möglichkeit der Versöhnung von verschiedenen Sprachen und Rassen historisch erwiesen sieht, den Gedanken der Nachbarnverständigung im Wettstreit Ostmitteleuropas Fuß fassen zu lassen. Als er sein Amt antrat, waren die Grenzen in Ostmitteleuropa bereits gezogen. Seine Mission bezog sich darauf, die vor dem Kriege sich nicht einigenden Nachbarn, deutsch und polnisch, zusammenzuführen. Sechs Monate dauerten die langwierigen Verhandlungen. Oft ging es hart auf hart. Herr Calonder ließ nicht ab, beide Teile dazu zu überzeugen, daß sie aufeinander angewiesen sind, daß nur ein erträglicher Einvernehmen haben und beiden wirtschaftlich und politisch erspriessliche Verhältnisse möglich macht. Es gelang schließlich den eindringlichen Bitten des Vizepräsidenten, die Brücke zu schlagen. Damit waren nun freilich noch bei weitem nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Die Klafte der Grenzvereinigung lag immer wieder Konflikt ausbrechen, wie gerade in diesem Augenblicke. Die Gemüter erhitzten sich aufs Neue, und es wird der bestmöglichen Zusammenarbeit der Kommission bedürfen, um das Friedenswerk einer Verständigung nicht gefährden zu lassen. Namenlich will Präsident Calonder sich der Frage des Schutzes der Minderheiten ganz besonders annehmen. Hier ist vermittelnde Arbeit unablässig notwendig. Calonder verweist wiederum auf das Beispiel der Schweiz, wo die Sprachenfrage in aller Barmherzigkeit gelöst worden ist, und wünscht, daß man sich in den großen Staaten das Rezept der kleinen alten Republik zu Hilfe zieht. Hier in Ostmitteleuropa, in diesem Bande

harter Arbeit und eigenartiger Naturschönheit, in dem sich germanische und slawische Rasse treffen — und finden können, sollte es ganz besonders zur Geltung kommen. Präsident Calonder erklärte: „Wenn in Europa die Sprachenfrage nicht ehrlich und weitherzig gelöst wird, so bleibt der Giftstoff, an dem der Friede zu Grunde geht, überall liegen. Das vor allem will das Werk sein, das der Völkerbund durchführen muß. Wie wir Glaubens- und Gewissensfreiheit haben, so sollen wir uns auch die Sprachfreiheit erwerben. Engherzigkeit und Ausschließlichkeit auf diesem Gebiete führen zum Verhängnis.“

Präsident Calonder ist seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Engherzigkeit der Notwendigkeit immer mehr durchbricht. Auf beiden Ufern der Politik, die sein Bemühen verbinden möchte, öffnet man dem verständigen Geiste Tor und Tür. Man muß ja nebeneinander, ja miteinander leben! Nachbarn werden beide vertragen. Die Schweiz weist in der Welt in leuchtendem Beispiele, daß verschiedene Sprachen und Sprachen in Frieden Nachbarschaft und Freundschaft halten können, daß ein Zusammenarbeiten möglich ist, wenn man die Störenfriede der Selbstverwirklichung in die Schranken der Vernunft und Gerechtigkeit weist.

Präsident Calonder sollte seinen Mitarbeitern in der internationalen Kommission Dank für ihre verlässliche Hilfe bei der komplizierten Arbeit und bleibt, von seinem Schweizerischen Heimatbilde begeistert, durchdrungen von der Überzeugung, daß in Ostmitteleuropa der Friede Einzug halten wird.

Eröffnung der dritten Volltagung des Völkerbundes.

Genf, 5. September. (Pat.). In der Nachmittags-Sitzung der Vollversammlung des Völkerbundes ordnete der Vorsitzende des Völkerbundes, der Samo, die Wahl eines Vorsitzenden für die dritte Volltagung des Völkerbundes an. Zum Vorsitzenden wurde der chilenische Gesandte in London, Edwards, mit 42 Stimmen gewählt. Darauf schloß der Samo die Wahl eines Auschusses, der endgültig die Tagesordnung festzusetzen hätte, vor, sowie die Wahl von 6 Vizepräsidenten. Nach Annahme dieses Beschlusses wurde die Wahl in den „Auschuß der Fünf“ vorgenommen, dessen Aufgabe die Annahme oder Ablehnung der für die Tagesordnung bestimmten Angelegenheiten sein wird. Unter den Angelegenheiten, die seinerzeit von der Vollversammlung auf die Tagesordnung gesetzt wurden, befinden sich: 1. der endgültige Beschluß über die Verwaltung und die finanziellen Fragen des Völkerbundes; 2. die Beteiligung der Republik San Salvador an den Finanzen des Völkerbundes; 3. die Honorare, die die Richter und Beisitzer des ständigen internationalen Schiedsgerichts erhalten sollen; 4. das Statut des internationalen Schiedsgerichts und seine Ausübung; 5. Antrag der englischen Regierung, die Veröffentlichung pornographischer Schriften und Bilder zu untersuchen.

Der Protest der litauischen Regierung in der Angelegenheit des Wilnaer Gebietes wurde dem Fünferauschuß zur sofortigen Prüfung überwiesen.

Genf, 5. September. (Pat.). Bisher haben 39 Staaten ihre Teilnahme an der dritten Session des Völkerbundes zugesagt. Es wird jedoch damit gerechnet, daß von 51 Mitgliedern bis 43 in Genf eintreffen werden.

Genf, 5. September. (Pat.). In der zweiten Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Fragen wurde der Vertreter Frankreichs Serruys zum Vorsitzenden gewählt. Man befaßte sich mit der Angelegenheit der Vorbereitung eines internationalen Komitees zur Vereinfachung der Grundzüge der Austauschlisten. Darauf wurde der Plan einer internationalen Zollkonvention besprochen. Der Vertreter Polens, Minister Chodzko, ist zum Vorsitzenden des Komitees für geistige Zusammenarbeit und des technischen Komitees gewählt worden.

Genf, 5. September. (Pat.). Hier ist Deutsch eingetroffen. Alenazy hat ihm eine gemeinsame Beratung der polnischen Delegation mit der Delegation der Kleinen Entente vorge schlagen deren Gegenstand streng auf die Angelegenheiten, die den Völkerbund direkt betreffen, beschränkt wäre.

Genf, 5. September. (Pat.). In der heutigen Volltagung des Völkerbundes sind die folgenden 6 Ausschüsse gewählt worden: 1. für gelebende und rechtliche Angelegenheiten; 2. für Dr.

ganisation und Technik; 3. für Abrüstung; 4. für Finanzfragen; 5. für allgemeine Fragen; 6. für politische Angelegenheiten.

Genf, 5. September. (Pat.). Der Ausschuch für Abrüstung hat die Vorschläge der Republik Chile und die Angelegenheiten, die auf dem amerikanischen Kongress in Santiago zur Sprache gebracht werden sollen, besprochen. Der Ausschuch äußerte die Hoffnung, daß der Kongress in Santiago in der Abrüstungsfrage ernste Ergebnisse zeitigen werde. So ann hat sich der Ausschuch für die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Regelung des Waffenhandels entschieden.

Dem „Kurier Porann“ wird aus Genf gemeldet: Die allgemeinen Ausichten für Polen sind auf der diesjährigen Tagung des Völkerbundes im allgemeinen wenig günstig. Es wird befürchtet, daß wir an drei Fronten gleichzeitig angegriffen werden, an der litauischen, der ostgalizischen und der Front der völkischen Minderheiten. Es ist fast sicher, daß die ostgalizische Frage bald zur Sprache kommt. Auch wird ein Sturm in der Angelegenheit der völkischen Minderheiten in Polen, infolge der deutschen Klagen, vorbereitet. Der Protest der Republik Litauen gegen die Lösung der Wilnaer Frage durch den Warschauer Sejm ist bereits auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die baltischen Staaten mit vielleicht einziger Ausnahme Estlands, sind uns nicht wohl geneigt. Im Zusammenhang mit der Stimmung Südlawens und der tschechoslowakei in bezug auf die ostgalizische Frage ist hier ersichtlich, wie die Politik unserer vorherigen Regierung nur Frankreich Früchte eingebracht hat.

Verlegenes Schweigen.

Genf, 5. September. Während die französischen Feinde es vorzöge, zu der italienischen Entzaltung bei der entscheidenden Abstimmung der Reparationskommission keine Stellung zu nehmen, wird die Nichtunterstützung des englischen Standpunktes vom „Pace“ bitter getadelt. Das Blatt spricht sich für eine zweideutige, qualvolle Entscheidung, die schlimmer sei, als eine katastrophale Lösung, da sie eine noch schwerere Katastrophe vorbereiten geeignet sei. Dann erklärt das Blatt Italien habe mit seiner „idealistischen Politik“ einen neuen Schritt zu seiner Unterwerfung unter Frankreich getan, wie schon vorher bei der Entscheidung über Oberschlesien. Es sei pilatushaft, ruhig anzusehen, wie Deutschland der Gnade der französisch-belgischen Palastschmeiher ausgeliefert wurde.

Unberufene Einmischung.

Das in Warschau mit französischem Gelde erscheinende, der französischen Botschaft nahe stehende Blatt der französisch denkenden polnischen Reaktionäre „Journal de Pologne“, fühlt sich berufen, die „Redier Freie Presse“ wegen ihrer angeblich deutsch-englisch gefärbten und französischfeindlich gehaltenen Artikel anzugreifen. Die gleichfalls in Warschau erscheinende polnische Zeitung „Kuryer“ ergreift in ihrer Nr. 237 das Wort zu unserer Verteidigung und berichtigt dem genannten Blatt der französischen Chauvinisten und der polnischen Satisfaktion unter obigem Titel eine wohlbedachte Abfuhr.

„Kuryer“ schreibt wörtlich: Die Redakteure des „Journal de Pologne“ vergessen mitunter, daß sie ihr Blatt nicht in einer französischen Kolonie, sondern in der unabhängigen polnischen Republik herausgeben. Wäre das „Journal“ nur eines der in einer anderen Sprache erscheinenden zahlreichen Blätter, so müßte uns nicht angehen, welche Ansichten dieses Blattes eigene Verantwortung entwickelt. Aber das „Journal“ will die Rolle einer halbamtlichen Zeitung der französischen Botschaft spielen — in selbiger Stellung verpflichtet ein gewisses Tagesgehalt.

Statt dessen aber behauptet das „Journal“ die Polen in hohem befriedigender Tonart über ihre inneren Angelegenheiten, und zwar ganz im Sinne der einheimischen chauvinistischen Reaktion. Während der Rabinetskrise stellte sich das „Journal“ auf die Seite der Reaktion und erklärte sich gegen den Staatschef. Seitens tritt es gegen die völkischen Minderheiten auf — angeblich im Interesse Polens. Das „Journal“ findet einen Artikel der „Redier Freie Presse“ über die Lage in Deutschland in deutsch-englischem und nicht in französischem Geiste gehalten. Es geht uns nichts an, wer hier sachlich recht hat, obgleich wir es für durchaus normal halten, wenn die Deutschen es vorziehen, lieber ihren Mitbürgern brüderlich als dem Feindern Recht zu geben. Handeln auch ebenso die Polen in Deutschland, in Litauen usw. und niemand nimmt es ihnen übel. Aber Herr Delagrange eignet sich die Rolle eines Zensors an und glaubt, daß jeder polnische Bürger, gleichviel, welcher Nationalität er sei, die Pflicht hat, französisch zu sein, als die Franzosen selbst, denn es ist kein Geheimnis, daß auch in Frankreich die Politik der gegenwärtigen politischen Führer rücksichtslos Kritik findet. Nicht genug damit! Von der Meinung der deutschen Zeitung über deutsch-französische Streitfragen geht das „Journal“ zur Angelegenheit der Volksminderheiten über und leistet sich folgende pyramidenförmige Behauptungen: Hauptächlich wirkt dieses ein helles Licht auf das, was als politische Aktion (1) von den völkischen Minderheiten zu erwarten erlaubt ist, die organisiert und diszipliniert sind und von der deutschen Minderheit geleitet werden, die gegenwärtig ihre Tätigkeit in Polen beginnen... Erlaubt ihnen nur eine Gede einzunehmen und sie besetzen gleich alle vier.

Der „Kurier“ schreibt mit einem Worte, das „Journal“ beginnt bei uns eine regelrechte Wahlagitation zugunsten der Nationaldemokraten. Haben wir wirklich niemanden, der die Redakteure des „Journal“ auf das Unberufene ihrer Einmischung aufmerksam machen könnte?

Die belgische Delegation der Reparationskommission reist nach Berlin.

Brüssel, 5. September. (Pat.). Die belgische Agentur berichtet, daß die Minister Deunin und Gaspari gestern den belgischen Delegierten in der Reparationskommission De la Croix, Bemelmans und den Vertreter der Bank Philippson, der der nach Berlin reisenden belgischen Delegation als Berater beigegeben werden soll, empfangen haben. Die belgische Delegation reist heute nacht nach Berlin. Die Beratungen betreffen die von Deutschland geforderten Garantien.

Ukrainische Aufständische überstreichen die polnische Grenze.

Lemberg, 5. September. (Pat.). Die „Gazeta Poranna“ berichtet vom Jbrze, daß am Sonntagabend um 10 Uhr morgens bei Husiatin eine Abteilung ukrainischer Aufständischer des Ramans Orjem, 52 Mann stark, die polnische Grenze überschritten hat und entwaffnet wurde. Die Aufständischen wurden bei Husiatin von den polnischen Überfällen und waren gezwungen, die polnische Grenze zu überschreiten. Nach der Entwaffnung wurden sie in einem Internierungslager untergebracht. Es wird mit einem weiteren Zustrom von ukrainischen Aufständischen gerechnet.

Prüfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Genf, 5. September. (A. M.) Die Kommission des Völkerbundes hat den Entwurf Lord Cecil über die Grundsätze einer allgemeinen Erhebung angenommen. Sodann beantragte Lord Cecil die Wahl eines besonderen, aus drei Mitgliedern bestehenden Ausschusses zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Griechenland bittet um Waffenstillstand.

London, 5. September. (Nat.) „Evening Standard“ berichtet, daß die griechische Regierung die verbündeten Mächte ersucht hat, Verhandlungen zwecks Herbeiführung eines Waffenstillstandes einzuleiten. In maßgebenden Kreisen ist man der Ansicht, daß die Lage der Griechen in Smyrna sowie im Inneren des Landes kritisch sei. Benizelos erhielt eine Aufforderung, nach Athen zurückzukehren. Die griechische Presse fordert den Rücktritt der Regierung.

Eine Verschwörung gegen die rumänische Königsfamilie.

Bukarest, 5. September. (Nat.) Radio. Großes Aufsehen rief die Aufdeckung einer Verschwörung hervor, durch die während der Krönung ein Attentat auf die königliche Familie verübt werden sollte. Die Mitglieder der Verschwörung wurden verhaftet. Es handelte sich um eine Verschwörung, die die Organisation des Obersten Palastes in Debrecen angehört. Die Verschwörer legten ein volles Geständnis ab, wonach sie die Absicht hatten, während der Krönung die königliche und die diplomatische Tribüne in die Luft zu sprengen.

Lokales.

Rad, den 6. September 1922.

Die deutsche Wahlbewegung.

Das Deutsche Zentralwahlkomitee in Lodz hat an alle für die Wahlbewegung in Betracht kommenden Personen nachstehende Instruktion versandt:

Samt den Satzungen der Konstitution der Republik Polen vom 17. März 1921 und laut der Wahlordnung für die am 5. und 12. November stattfindenden Neuwahlen zum Sejm und Senat ist jeder Bürger oder Bürgerin Polens wahlberechtigt, sofern sie das 21. Lebensjahr überschritten haben.

Pflicht eines jeden Bürgers Polens ist es, sich im eigenen Interesse an den Wahlen zu beteiligen, um eigene deutsche Vertreter in den obersten gesetzgebenden Körperschaften zu besitzen. Dazu ist vor allem nötig, daß jeder Deutsche über die Wichtigkeit der Wahlen aufgeklärt wird, somit seine Stimme nicht verloren geht oder gar anderen Feinden zufällt. Gerade für uns Deutsche bedeutet der Wahlerfolg eine Lebensfrage, da wir nur mit Hilfe unserer parlamentarischen Vertreter außer drohendes Völkermord retten und unsere Rechte wahrnehmen können.

Um den Erfolg bei den Wahlen zu erzielen, muß die ganze Wahlarbeit einheitlich geleitet werden. Dazu ist, wie bereits in unserem ersten Aufrufe berichtet wurde, in Warschau ein Zentralwahlkomitee des Minderheitenblocks geschaffen worden. Für die Durchführung der Wahlaktion bei den Deutschen des ehem. Kongresspolen ist in Lodz ein Deutsches Zentralwahlkomitee ins Leben gerufen worden, das sich im Lokale der Deutschen Sejmabgeordneten, Jasienkoffstraße (Kojnowska) 17 befindet. Als zweite Instanz muß in jedem Wahlkreis mindestens ein Bezirkswahlkomitee geschaffen werden, und zwar:

für den Wahlkreis Nr. 1 (Warschau-Stadt)

und Nr. 2 (Kreise Warschau, Radzimin, Nowomin) — in der Stadt Warschau; für die Wahlkreise 5 und 6 (Kreise Bialystok, Sokulka, Wolkowysk, Grodno, Sawall, Sejny, Augustow) in der Stadt Bialystok; für den Wahlkreis 9 (Biel, Sierpe, Kopyn, Bionst) in der Stadt Kopyn; für den Wahlkreis 10 (Kreise Wloclawek, Kozlowa, Lipno) entweder in Wloclawek oder Lipno, abhängig davon, wo sich mehr arbeitstüchtige und anspornungswillige deutsche Männer befinden;

für den Wahlkreis 11 (Kreise Siedlce, Ratus, Gostynin, Siedlce) in der Stadt Gostynin oder seiner nächsten Nähe; für den Wahlkreis 12 (Kreise Blonie, Grodzisk, Skrzemowice, Rawa, Grojec) in der Stadt Sieradow;

für den Wahlkreis 13 (Stadt Lodz) das Zentralwahlkomitee;

für den Wahlkreis 14 (Lodz-Land, Zasl, Siezadz) in Pabianice;

für den Wahlkreis 15 (Kreise Romin, Kols, Slupca, Wyszynka) in Sopotow;

für den Wahlkreis 16 (Kreise Rastow, Turek, Wielun) in der Stadt Turek;

für den Wahlkreis 17 (Kreise Czestochowa, Noworodowice) in der Kolonie Czestochowa;

für den Wahlkreis 18 (Kreise Petrikau, Wroclaw) in der Stadt Petrikau;

für den Wahlkreis 21 (Kreise Sosnowice) in der Stadt Sosnowice oder Sosnowice, je nach dem besseren Vorbedingung;

für den Wahlkreis 26 (Kreise Lublin, Cheim, Lubartow) in der Kolonie Kamien bei Cheim.

Nur in diesen Wahlkreisen, in denen Deutsche in größerer Anzahl wohnhaft sind, können wir auf eine maßgebende Anzahl deutscher Stimmen rechnen.

Die Pflicht eines jeden Bezirkswahlkomitees ist, in allen Städten, Dörfern und Kolonien, wo sich deutsche Volksgenossen befinden, Wahlaufrufe zu gründen oder mindestens Vertrauensmänner zu wählen, durch letztere die deutsche Bevölkerung zur Wahlpflicht aufzufordern, die Wichtigkeit der Wahlen zu erklären, und darauf hinzuwirken, daß ausschließlich für die deutsche Wahlliste gestimmt werden darf, deren Nummer rechtzeitig vom Zentralwahlkomitee mitgeteilt worden wird. Die deutsche Liste wird im Einvernehmen mit allen anderen Minderheiten Polens aufgestellt werden, so daß der ganze Block aller Minderheiten Polens bei träufelnder Unterfertigung der Bevölkerung auf einen guten Erfolg rechnen kann, indem wir in günstigen Fällen bis 120 Abgeordnete des Minderheitenblocks in den Sejm einführen können. Dies wird aber nur dann der Fall sein, wenn alle Bürger und Bürgerinnen der Minderheiten Polens ihrer Wahlpflicht voll und ganz nachkommen werden.

Nur in diesem Falle können wir es erreichen, daß unsere Rechte nicht mißachtet und mit Füßen getreten werden. Die Masse allein macht uns stark. Beteiligungslosigkeit ist unser Verderben. Es ist Pflicht eines jeden Bezirkswahlkomitees in steter Verbindung mit dem Zentralwahlkomitee zu bleiben und diesem ständig über die Arbeit im ganzen Wahlkreis Bericht zu erstatten. Die wichtigste Aufgabe der Bezirkswahlkomitees besteht darin, möglichst große Geldmittel zu beschaffen, da sonst jegliche Arbeit unmöglich ist. Als eine freiwillige Spendenaktion keine Früchte zeitigt, muß mit aller Energie darauf gedrungen werden, daß sich sämtliche Einwohner allerorts entschließen, die Wahlbewegung zu unterstützen. Es ist nicht für nötig hält, ein Gelbopfer für den Wahlkampf zu bringen, der darf auch seinen Anspruch darauf haben, durch unsere Abgeordneten vertreten zu werden und bei ihnen Schutz zu suchen. Das in den einzelnen Orten gesammelte Geld muß vom Bezirkswahlkomitee eingezogen werden, das wiederum 60 Proz. aller Beträge an das Zentralwahlkomitee in Lodz abzuführen hat. Der

Rest kann zur Deckung der eigenen Bedürfnisse verwendet werden. Quittungsbücher werden durch das Zentralwahlkomitee versandt und sind an die einzelnen Sammler zu verteilen. Einlaufende Beträge sind unverzüglich, ohne auf die Beendigung der Sammlung zu warten, der Genossenschaftsbank in Lodz (Bank Spółek Niemieckich w. Lodzi, Al. Kosciuszki 45/47) für das Konto „Deutsches Zentralwahlkomitee in Lodz“ zu überweisen. Die Anzahl der empfangenen Quittungsbücher muß schriftlich bestätigt werden, damit eventuelle Verluste reklamiert werden können.

Ganz besonders weisen wir darauf hin, daß die Ausübung des Wahlrechts eine in der Konstitution begründete Pflicht jedes Bürgers ist, und niemand, auch die Behörde nicht, das Recht hat, die Einwirkung an der Ausübung derselben zu hindern. Man muß deshalb jeglichen Versuch einer Einschüchterung kategorisch zurückweisen und sich auf sein Recht berufen. Sollten irgendwelche Schwierigkeiten entstehen oder Auskünfte nötig sein, so wende man sich sofort an das Zentralwahlkomitee in Lodz, das ständig in Tätigkeit ist und sofort die nötigen Maßnahmen veranlassen wird.

Das Generalsekretariat des Deutschen Zentralwahlkomitees schreibt uns:

Die Wahlbewegung hat bereits auf das flache Land übergegriffen. Von vielen Stellen ist man bereits an das Zentralwahlkomitee mit der Bitte herangetreten, Wahlversammlungen abzuhalten und Wahlkomitees zu gründen. Man ist sich allgemein der großen Bedeutung der bevorstehenden Wahlen bewußt. Am reichlichsten sind außer Lodz und dem Lodzer Kreise die Deutschen in Sopotow ohne auf das Eingreifen des Zentralwahlkomitees zu warten, haben die Wahlaktion im Wahlkreis 15 bereits eingeleitet. Für Donnerstag, den 7. d. M., wurde eine Wahlversammlung in Romin anberaumt. Am Freitag, den 8. d. M., findet eine Wahlversammlung in Kols statt, an der der Abgeordnete Spidemann teilnehmen wird. Auch mit Dombe und Beichungen bereits angeknüpft. Dort wird an einem der nächsten Sonntage eine Wahlversammlung stattfinden.

Auch die Deutschen von Sieradow haben sich an das Zentralwahlkomitee gewandt. Voraussichtlich wird sich ein Delegierter des Komitees am Sonntag, den 17. d. M., dorthin begeben, um die Wahlaufrufe zu organisieren. Wahlversammlungen in Chojna, Wroclaw und Siedlce haben sich für die nächste Zeit in Aussicht genommen.

Die Lodzer Deutschen werden am Freitag Gelegenheit haben, ausführliche Referate über den Minderheitenblock und die Wahlbewegung entgegenzunehmen und ihre Stellungnahme zu bekunden. Eine große Wahlversammlung findet, wie bereits angekündigt, am Freitag, um 8 Uhr nachm. im Turnsaal Jasienka 82, statt. Unter anderem soll den Vertretern der Personalschicht des Zentralwahlkomitees zur Verfügung vorgelegt werden. Das Interesse für die Versammlung ist bereits sehr groß und ist daher ein zahlreicher Besuch zu erwarten.

Außer dem Zentralverband der jüdischen Kaufleute hat sich dem Minderheitenblock noch der Zentralverband der jüdischen Kleinrentanten angeschlossen. Im Bialystoker Wahlkreis hofft der Minderheitenblock zwei Abgeordnete durchzubringen.

Die jüdische Abteilung des Wahlkomitees des Minderheitenblocks hat die erste Instruktion veröffentlicht, in der alle vom Block umfaßten jüdischen Institutionen aufgefordert werden, sofort an die Bildung vereinigter jüdischer Wahlkomitees heranzutreten, deren Vertreter aller Parteien, Organisationen und Gesellschaften des betreffenden Ortes angehören müssen. Das Komitee wird von sich aus einen Vorschlagsausdruck von höchstens 7 Personen bilden. Im Orte der Bezirkskommission lei-

stet die jüdische Abteilung des Wahlkomitees des Minderheitenblocks hat die erste Instruktion veröffentlicht, in der alle vom Block umfaßten jüdischen Institutionen aufgefordert werden, sofort an die Bildung vereinigter jüdischer Wahlkomitees heranzutreten, deren Vertreter aller Parteien, Organisationen und Gesellschaften des betreffenden Ortes angehören müssen. Das Komitee wird von sich aus einen Vorschlagsausdruck von höchstens 7 Personen bilden. Im Orte der Bezirkskommission lei-

stet die jüdische Abteilung des Wahlkomitees des Minderheitenblocks hat die erste Instruktion veröffentlicht, in der alle vom Block umfaßten jüdischen Institutionen aufgefordert werden, sofort an die Bildung vereinigter jüdischer Wahlkomitees heranzutreten, deren Vertreter aller Parteien, Organisationen und Gesellschaften des betreffenden Ortes angehören müssen. Das Komitee wird von sich aus einen Vorschlagsausdruck von höchstens 7 Personen bilden. Im Orte der Bezirkskommission lei-

stet die jüdische Abteilung des Wahlkomitees des Minderheitenblocks hat die erste Instruktion veröffentlicht, in der alle vom Block umfaßten jüdischen Institutionen aufgefordert werden, sofort an die Bildung vereinigter jüdischer Wahlkomitees heranzutreten, deren Vertreter aller Parteien, Organisationen und Gesellschaften des betreffenden Ortes angehören müssen. Das Komitee wird von sich aus einen Vorschlagsausdruck von höchstens 7 Personen bilden. Im Orte der Bezirkskommission lei-

stet die jüdische Abteilung des Wahlkomitees des Minderheitenblocks hat die erste Instruktion veröffentlicht, in der alle vom Block umfaßten jüdischen Institutionen aufgefordert werden, sofort an die Bildung vereinigter jüdischer Wahlkomitees heranzutreten, deren Vertreter aller Parteien, Organisationen und Gesellschaften des betreffenden Ortes angehören müssen. Das Komitee wird von sich aus einen Vorschlagsausdruck von höchstens 7 Personen bilden. Im Orte der Bezirkskommission lei-

stet die jüdische Abteilung des Wahlkomitees des Minderheitenblocks hat die erste Instruktion veröffentlicht, in der alle vom Block umfaßten jüdischen Institutionen aufgefordert werden, sofort an die Bildung vereinigter jüdischer Wahlkomitees heranzutreten, deren Vertreter aller Parteien, Organisationen und Gesellschaften des betreffenden Ortes angehören müssen. Das Komitee wird von sich aus einen Vorschlagsausdruck von höchstens 7 Personen bilden. Im Orte der Bezirkskommission lei-

stet die jüdische Abteilung des Wahlkomitees des Minderheitenblocks hat die erste Instruktion veröffentlicht, in der alle vom Block umfaßten jüdischen Institutionen aufgefordert werden, sofort an die Bildung vereinigter jüdischer Wahlkomitees heranzutreten, deren Vertreter aller Parteien, Organisationen und Gesellschaften des betreffenden Ortes angehören müssen. Das Komitee wird von sich aus einen Vorschlagsausdruck von höchstens 7 Personen bilden. Im Orte der Bezirkskommission lei-

stet die jüdische Abteilung des Wahlkomitees des Minderheitenblocks hat die erste Instruktion veröffentlicht, in der alle vom Block umfaßten jüdischen Institutionen aufgefordert werden, sofort an die Bildung vereinigter jüdischer Wahlkomitees heranzutreten, deren Vertreter aller Parteien, Organisationen und Gesellschaften des betreffenden Ortes angehören müssen. Das Komitee wird von sich aus einen Vorschlagsausdruck von höchstens 7 Personen bilden. Im Orte der Bezirkskommission lei-

Zurückgekehrt
Dr. LUDWIG FALK,
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten.
Nawrot-Strasse 7. — Empfängt von 10—12 u. 5—7.

tet das Wahlkomitee die gesamte Wahlaktion für den betreffenden Bezirk. In den Städten, wo neben den Juden andere völkische Minderheiten wohnen die zum Block gehören, wird ein gemeinsames Komitee der Minderheiten gebildet, dem je 2 oder 3 Vertreter jeder Minderheit angehören. In den nächsten Tagen werden in allen Bezirken Bezirkskonferenzen der Wahlkomitees stattfinden.

An der Spitze der Liste der Nationaldemokraten in Warschau stehen die Namen des Generals Haller, des „Necypalska“-Abkürzungs Stronki und des Abgeordneten Gdyl. — Eine illustre Gesellschaft!

Es fanden zwei Sitzungen des Bezirkswahlkomitees Nr. 14 (Lodz-Kreis) zwecks Festlegung des Personalbestandes der Unterbezirkswahlaufrufe statt. Der Personalbestand des Stadtbereichs und Lodzer Unterbezirks wurde endgültig festgelegt. Die Bemühungen um die Festlegung des Unterbezirksauschusses Lodz (Kreise) dauern fort. Das Wahlreferat teilte den Leitern und Mitgliedern sowie deren Vertretern der Unterbezirkskommissionen ihre Ernennung mit. Die Tätigkeit der Unterbezirkswahlaufrufe beginnt am 9. d. M. Mit der Ausführung dieser Kommissionen wird sich der Magistrat befassen.

Arbeiterstatistik. Zwecksetzung einer Statistik der in der Industrie beschäftigten Arbeiter veranlaßt die Wojewodschaft an die einzelnen Arbeitgeber Fragebogen, in die außer der Zahl der männlichen und weiblichen Arbeiter noch bemerkt werden muß, welchem Industriezweig die Fabrik angehört. Eine Abschrift des Fragebogens wird dem statistischen Amt in Warschau übersandt, während das Original bei der Abteilung für Industrie der Lodzer Wojewodschaft verbleibt. Heute läuft die Abfertigung der Fragebogen für die Monate Juli und August ab.

Der endlose Straßenbahnenstreik. Obwohl der Streik der Straßenbahner bereits den 6. Tag dauert, ist sein Ende noch nicht abzusehen. Heute findet eine Versammlung der Straßenbahner statt, auf der über das weitere Vorgehen beraten werden soll. Wie die „Praca“ berichtet, haben sich der Wojewode Dr. Gatajch sowie der Regierungskommissar Sygiet der Angelegenheit angenommen. Sie wandten sich an den Magistrat mit dem Ersuchen, daß dieser die Arbeiter zum Streik zwingt, falls dieser nicht aufhört. Wollte man das, so würden die Arbeiter in die Gefängnisse eingeworfen.

Der Spiegelschleifer wurde die geforderte Lohnhöhung von 40 Proz. bewilligt.

Kriegsverlettenfürsorge. Die Lodzer Zweigstelle der Vereinigung der Staatsbeamten schickte am 31. August in die Zentrale nach Warschau 889,860 Mark, die zur Unterstützung von Invalidenverletten gesammelt wurden. An der obigen Summe sammelte Herr Marjan Gdynski, Referent des Regierungskommissariats in Lodz, 217,100 M., Herr J. Gdyl, Beamter des selben Kommissariats 40,000 Mark Frau Anna Glatinska, Beamtin des selben Kommissariats, 22,000 M., Herr Leopold Borgslawski, Referent des Wojewodenamtes in Lodz, 1700 M.

Tagung der Gastwirte. Während der zweiten Tagung in Lodz wird am 10. und 11. d. M. eine zweite Zusammenkunft der Restaurateure sowie Kaffeehaus- und Hotelbesitzer stattfinden. Auf der Tagung sollen Berufsfragen besprochen werden.

Sicherstellung des Wassers. Da in den Wasserleitung befürchten, daß das Wasser in der Stadt fehlt und mit Rücksicht darauf, daß die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten vorauszu-

Dann kam die Frage: Was nun? Hingehen und den Mord anzeigen, wie es seine Pflicht war?

Unmöglich! Schon bei dem bloßen Gedanken, daß er, der Jela liebt und wußte, was sie zu dieser schrecklichen Tat getrieben hatte, dazu beitragen sollte, sie dem Gesetz zu überliefern, machte ihn schaudern.

Lieber sterben!

Oder hingehen und nur sagen, er sei zufällig auf den Toten gestoßen?

Auch das ging nicht. Man würde ihn fragen, was er gerade jetzt oben beim Wingerhaus zu tun hatte? Uebrigens hatte er ja Mord auch gesagt, daß er nach Hause müsse, um ein Buch für Rudolf zu holen.

Plötzlich hörte er Stimmen auf dem Weg vom Pförtchen her. Es waren zwei Arbeiter, die nach dem Hofhof heimkehrten und sich laut unterhielten. Gottlob, die mußten am Wingerhaus vorbeigehen, und sie würden schon Lärm schlagen, wenn sie den Toten fanden. Er aber konnte sich nun entfernen. Zu Frau Mord zurückzukehren, war natürlich unmöglich in seiner jetzigen Stimmung.

Rehbach schlich sich also, die Arbeiter auf Nebenwegen vorsichtig umgehend, zu dem Pförtchen und eilte direkt nach Hause.

Von dort schickte er Knauer mit der Botschaft in den Hofhof, er lasse für heute Abend um Entschuldigung bitten, aber es sei ihm plötzlich so unwohl geworden, daß er sich lieber gleich zu Bett legen wolle.

(Fortsetzung folgt.)

Je weniger jemand zu sagen hat, desto schärfer fällt es ihm auf.

Um das Erbe der Drowendis.

Roman aus der Gegenwart von J. Arnefeld.

(4. Fortsetzung.)

Rehbach sprang auf und eilte mit großen Schritten wieder der Höhe zu. Welche Torheit von ihm, vorhin überhaupt zu fliehen, anstatt zu den beiden zu treten und einfach Aufklärung zu verlangen! Wer weiß, ob Jela jenem Mann wirklich Rechte gegeben, ob er sie sich nicht nur eigenmächtig nahm und das arme Mädchen durch Drohungen einzuschüchtern versuchte? . . .

Eigentlich sprach die ganze Haltung der beiden für diese Annahme.

Saß laufend erreichte er die Ecke des Weingartens, wo er vorhin gestanden hatte und den Kiesplatz vor dem Wingerhaus übersehen konnte. Atemlos starrte er hinüber. Die beiden waren fort. Totenstille auch hier oben.

Plötzlich ließ Rehbach einen dumpfen Schrei aus und eilte, an allen Gliedern zitternd, nach dem Wingerhaus.

Denn dort, hart an der Mauer, im Schatten des breiten Vordachs, lag etwas dunkles lang ausgebreitet am Boden, der Körper eines Menschen! Nein — es war nicht Jela — gottlob!

Rehbach beugte sich nieder und starrte in das ihm gänzlich fremde Gesicht eines jungen Mannes, dessen dunkle Augen weit offen standen und mit gebrochenem Blick zu ihm aufstiegen.

Knapp neben der ausgestreckten Hand des Toten lag ein Revolver im Kies. Aus einer Schutzwanne an der Schläfe sickerte tränen ein paar Blutstropfen.

Rehbach starrte wie gebannt auf diese Wunde. Dabei arbeitete sein Gehirn unter dem Hochdruck einer furchtbaren Erregung rein mechanisch.

Die Wundränder waren weiß und glatt. Keine Spur von Pulverschwarze, wie es doch bei einem Nachschuß von eigener Hand unbedingt der Fall hätte sein müssen. Der Revolver lag so, daß er in dieser Weise kaum der Hand des Sterbenden entfallen sein konnte. Die Zähne des Toten waren deutlich in Angst und Entsetzen verzerrt. Der schwarze Gehrock war geöffnet und die Taschen offenbar hastig durchwühlt worden, wie ein in der Eile übersehenes, zur Seite gerücktes Zahn-Rohrgerät und ein kleiner Bleistift aus Silber bewiesen.

Hier war also kein Selbstmord, sondern ein Mord verübt worden! Rehbach hätte kein Jurist sein müssen, um diese Tatsache nicht aus dem Augenschein mit absoluter Sicherheit festzustellen.

Wer hatte den Mord begangen? Wer allein konnte ihn begangen haben?

Rehbach richtete sich langsam auf und sah verstört vor sich hin. Er wollte nicht denken. Aber sein Gehirn arbeitete gegen seinen Willen, weiter mit unerbittlicher Folgerichtigkeit.

Ein Raubmord lag nicht vor, denn der Tote trug Uhr und Ringe noch an sich, und in der Rocktasche zeichnete sich deutlich die Form einer

